

## **Der Kaukasus zwischen Rußland und der NATO**

von Lili Di Puppo

Die Kaukasusregion war Teil der Sowjetunion und wurde traditionell als Rußlands „Hinterhof“ betrachtet. Nach dem Ende der Sowjetunion versuchte Rußland, innerhalb der GUS seinen Einfluß auf die Staaten des Kaukasus zu bewahren. Dennoch ist der Kaukasus in den letzten Jahren aufgrund der Öl- und Gasreserven des Kaspischen Meeres und seiner strategischen Lage als Verbindung zwischen Europa und Asien für andere Mächte geopolitisch interessant geworden. Das Machtvakuum, das in der Region entstanden ist aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion und der staatlichen und wirtschaftlichen Schwäche der südkaukasischen Staaten, hat neuen Akteuren die Möglichkeit eröffnet, im Kaukasus Einfluß auszuüben. Trotz des Endes seiner Vorherrschaft im Kaukasus versucht Rußland immer noch, eine Einflußposition in der Region zu bewahren und wirtschaftliche Vorteile aus seinen Beziehungen zu den südkaukasischen Staaten zu ziehen. Für den Westen ist die Region aufgrund sicherheitspolitischer und ökonomischer Interessen von Bedeutung. Die Entstehung von stark westorientierten Staaten im Südkaukasus eröffnete Europa und den USA die Möglichkeit, sich einen Zugang zu den Öl- und Gasreserven des Kaspischen Meeres zu verschaffen und den Einfluß Rußlands zu verringern. Die Sicherheitslage im Kaukasus mit seinen zahlreichen Konflikten hat für den Westen an Bedeutung gewonnen.

Die südkaukasischen Staaten wie Georgien und Aserbaidschan haben in den letzten Jahren versucht, sich an die westlichen Sicherheitsstrukturen anzunähern. Die Westorientierung dieser Staaten hat ihren Ursprung in der Unzufriedenheit mit der regionalen Politik Rußlands nach dem Ende der Sowjetunion. Während des Konfliktes um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan erhielt Armenien die Unterstützung Rußlands, während Aserbaidschan sich der Türkei zuwandte. Georgien erhielt gewollt-ungewollt die Unterstützung Rußlands wegen der separatistischen Bewegungen in Abchasien und Süd-Ossetien. Armenien pflegt bis heute enge Kontakte mit Rußland, da es wegen der dauerhaft gespannten Beziehungen zu den Nachbarländern Türkei und Aserbaidschan auf die russische Sicherheitsgarantie nicht verzichten kann; Georgien und Aserbaidschan versuchen, die Kooperation mit der NATO zu stärken.

Seit dem Ende der Sowjetunion versuchen die südkaukasischen Staaten, ihre neu gewonnene Unabhängigkeit zu schützen und eine nationale Identität herauszubilden. Für diese Staaten bedeutet Unabhängigkeit vor allem, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland zu verringern. Obwohl Georgien und Aserbaidschan für die NATO keine Beitrittskandidaten sind, erwarten sie von der Allianz, daß diese als

Gegengewicht zu Rußland in der Region dient und dadurch ihre Position stärkt. Eine Annäherung an die NATO und die Europäische Union wird von diesen Ländern als Chance gesehen, militärische und wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft zu vollziehen. Während die südkaukasischen Staaten einerseits die NATO für fähig halten, die regionalen Konflikte zu lösen, die ihre Souveränität bedrohen, stehen sie andererseits den Aktionen Rußlands im Kaukasus kritisch gegenüber.

Das zukünftige Machtgleichgewicht in der Region bleibt dennoch unsicher: Die NATO zielt durch ihre Kooperation mit den südkaukasischen Ländern nicht primär auf Dominanz in der Region, sondern will den Einfluß Rußlands und eines russischen Machtmonopols eindämmen. Weder Rußland noch die NATO sind derzeit fähig, eine Dominanz im Kaukasus auszuüben, und wollen daher eine Konfrontation vermeiden. Um die Auswirkungen der regionalen Sicherheitsprobleme auf die Beziehungen der NATO zu Rußland zu analysieren, werden folgende Fragen in dieser Briefing Note untersucht:

- Wie groß ist das Interesse der NATO, die künftigen Sicherheitsstrukturen im Kaukasus mitzubestimmen?
- Welche Vorteile erhoffen sich die südkaukasischen Staaten von einer Kooperation mit der NATO?
- Inwieweit kann die NATO ihre Position im Kaukasus aufbauen, ohne Spannungen in ihrem Verhältnis zu Rußland zu riskieren?
- Wie wird die Kooperation zwischen Rußland und der NATO von den südkaukasischen Staaten wahrgenommen?

## 1. Rußlands Politik im Kaukasus

Die aktuelle Außenpolitik Rußlands gegenüber seinem „nahen Ausland“, das die ehemaligen Sowjetrepubliken umfaßt, wird in erster Linie von dem Ziel bestimmt, die territoriale Integrität und die Sicherheit der ethnischen Russen gegenüber äußeren Gefahren jeder Art zu gewährleisten, wie es im Außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation von 2000 heißt.<sup>1</sup> Außerdem sind ökonomische Interessen in den Vordergrund getreten, und der Akzent wird nicht

mehr auf eine Integration im Rahmen der GUS gesetzt, sondern auf die Stärkung bilateraler Beziehungen mit den GUS-Staaten.<sup>2</sup> Die Entwicklung der Politik Rußlands von „neo-imperialistischen Ansprüchen“ hin zu einer „pragmatischeren“ Politik läßt sich zum einen durch das Scheitern der GUS erklären, sich als integrationsfähiges Sicherheitssystem zu behaupten, und zum anderen durch den steigenden westlichen Einfluß in der Region.

In den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Außenpolitik Rußlands von einem Vormachtsanspruch Rußlands innerhalb des GUS-Raums geprägt. Rußland versuchte, die südkaukasischen Staaten seinem Einfluß unterzuordnen. Allgemein hatte Rußland im Kaukasus und in Zentralasien das Ziel, die Region von Außeninteressen abzuschirmen, lokalen Konflikten vorzubeugen oder diese einzudämmen und den Schutz der ethnischen Russen in der Region zu garantieren. Rußland wollte seine Einflußsphäre durch seine Rolle als „Peacekeeper“ im Kaukasus mit Hilfe des GUS-Peacekeeping-Mechanismus absichern.<sup>3</sup> Durch die GUS hat Rußland eine Integration der ehemaligen Sowjetrepubliken unter seiner Dominanz angestrebt. Jedoch hat sich die GUS als unfähig erwiesen, diese Integration zu erreichen und hat nie als funktionsfähige Organisation von Staaten mit gemeinsamen Sicherheitsinteressen existiert.

Während Armenien zu den ersten Mitgliedern gehörte, sind Georgien und Aserbaidschan erst 1993 beigetreten. Aufgrund eines drohenden Bürgerkriegs und unter dem Druck der separatistischen Bewegung in Abchasien sah sich Georgien gezwungen, die militärische Unterstützung der GUS bzw. Rußlands zu erbitten. Aserbaidschan erlebte eine ähnliche Niederlage in der separatistischen Region Berg-Karabach, wo Rußland als Vermittler fungierte und danach als Co-chairman der Minsker Gruppe der OSZE in der Troika neben den Vereinigten Staaten und Frankreich agierte.<sup>4</sup> Das Scheitern des GUS-Peacekeeping-Mechanismus wurde zuerst im Kaukasus sichtbar, wo Rußland seine eigenen Interessen mit Hilfe von Peacekeeping-Operationen verfolgte.

Die Politik Rußlands im GUS Raum wird immer mehr von wirtschaftlichen Interessen diktiert, und die Unterstützung der Interessen der Konzerne in der Region wird als wichtiges außenpolitisches Ziel deklariert.<sup>5</sup>

Rußland unterstützt in der Kaspischen Region die Interessen der russischen Ölkonzerne wie LUKOIL und Slavneft, fördert Transportwege für kaspisches Öl, die über Rußland führen, und versucht die Festlegung des rechtlichen Status des Kaspischen Meeres und der Verwaltung seiner Ressourcen zugunsten seiner Interessen zu beeinflussen. Zur Zeit kontrolliert Rußland noch alle Pipelines für den Transport von Öl und Gas aus dem Kaspischen Meer mit Ausnahme der Pipeline von Baku in Aserbaidschan zum Hafen Supsa an der Schwarzmeerküste in Georgien.

Die „pragmatische“ Energiepolitik, die auf wirtschaftliche Interessen zielt, ist nicht frei von geopolitischen Ansprüchen und ermöglicht es Rußland, einen gewissen Einfluß auf die südkaukasischen Staaten zu behalten.<sup>6</sup> Der Druck auf Georgien in der Energieversorgung und der Versuch einer Annäherung zu Aserbaidschan mit dem Staatsbesuch von Vladimir Putin in Aserbaidschan im Januar 2001 ist Teil dieser Politik. Dennoch wird die aktuelle Politik Rußlands im Kaukasus nicht durch einen klaren Willen bestimmt, seine Interessen gegenüber den anderen Mächten in der Region durchzusetzen. Das Fehlen einer klaren und mit entsprechenden Mitteln zur Umsetzung unterfütterten Strategie für den Kaukasus läßt sich u.a. mit dem Mangel an Kaukasusexperten unter den aktuellen russischen Eliten erklären.<sup>7</sup> Außerdem verfolgen verschiedene Lobbies und Ministerien wie das Außenministerium, das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Energie ihre eigenen Interessen in der Region.<sup>8</sup>

Die Reaktion Rußlands auf den steigenden westlichen Einfluß in der Region ist kritisch. Rußland hat die GUUAM – eine westorientierte regionale Organisation, die Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldau einschließt – als „anti-russisch“ bezeichnet und Bedenken über den Versuch der NATO geäußert, militärische Beziehungen zu den südkaukasischen Staaten aufzubauen. Dennoch ist Rußland nicht mehr in der Lage, seine Vormachtstellung gegenüber den südkaukasischen Staaten aufrechtzuerhalten.

## 2. Die NATO und die Interessen des Westens im Kaukasus

Die NATO begründet ihr Handeln im Kaukasus mit der Unterstützung der südkaukasischen Staaten bei ihrem Übergang zu militärisch und wirtschaftlich stabilen unabhängigen Staaten: Eine solche Stabilität ist von Vorteil für die Allianz.<sup>9</sup> Durch die Teilnahme der südkaukasischen Staaten an der Partnerschaft für den Frieden will die NATO die Beziehung Rußlands zu diesen Staaten und ihre Kooperation mit Rußland nicht in Frage stellen. Brüssel erkennt die wichtige Rolle Rußlands für die Stabilität der Region an.<sup>10</sup>

Die Europäische Union unterstützt im Kaukasus die regionale Kooperation und ökonomische Prosperität durch das Projekt eines Euro-Asiatischen Transportkorridors (TRACECA).<sup>11</sup> Die Europäische Union sieht die zukünftige Stabilität im Kaukasus als abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und von der Stärkung ökonomischer Beziehungen zwischen den Staaten der Region an. Die Vereinigten Staaten unterstützen die Demokratisierung und Unabhängigkeit der GUS Staaten und sehen die Stabilität im Kaukasus durch die Entstehung starker, unabhängiger Staaten garantiert.<sup>12</sup> Außerdem haben die USA 1997 unter der Clinton-Regierung die Region als „lebenswichtig“ für die amerikanischen Interessen erklärt, wegen ihrer strategischen Lage und der Öl- und Gasreserven des Kaspischen Meeres.

Die südkaukasischen Staaten nehmen seit 1994 an der Partnerschaft für den Frieden der NATO teil. Insbesondere Georgien und Aserbaidschan haben sich seitdem an gemeinsamen militärischen Übungen mit der NATO beteiligt. Im April 1999 wurden militärische Übungen zur Sicherung des Baku-Supsa-Pipeline in Georgien abgehalten. Im Juni 2001 nahm Georgien zum ersten Mal an einer militärischen Marine-Übung im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden teil.<sup>13</sup> Außerdem hat Georgien an der internationalen Peacekeeping-Operation der NATO im Kosovo (KFOR) teilgenommen. Aserbaidschan erörterte die Mitgliedschaft in der NATO und in diesem Zusammenhang auch eine Stationierung von NATO-Truppen der USA oder der Türkei auf aserbaidchanischem Territorium. Das Interesse der NATO am Kaukasus erklärt sich durch die geostrategische Lage und die künftige

Bedeutung von Ölpipelines in der Region. Dennoch ist der Spielraum der NATO begrenzt, und sie will daher den südkaukasischen Ländern keine Sicherheitsgarantien anbieten, insbesondere nicht im Hinblick auf Rußland. Die NATO hat kein Interesse an einer direkten Konfrontation mit Rußland im Kaukasus und wird bei den Konflikten in der Region nicht zu ähnlichen Maßnahmen wie im Kosovo greifen. Während eines Besuches in Armenien und Aserbaidschan im Januar 2001 erklärte NATO-Generalsekretär Lord Robertson, daß die NATO nicht die Absicht habe, im Konflikt um Berg-Karabach einseitig Position zu beziehen. Zur eventuellen Mitgliedschaft der südkaukasischen Staaten in der NATO erklärte Lord Robertson, daß sie ausschließlich einen „theoretischen Charakter“ habe.<sup>14</sup>

Die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten im Südkaukasus und Zentralasien konzentrieren sich in erster Linie auf die Herstellung von Sicherheitsgarantien für die Produktion und den Transport von Energieressourcen aus der Kaspischen Region. Die USA erwarten von der Produktion und dem Export von Öl aus der Kaspischen Region eine Reduzierung der Abhängigkeit Amerikas von den Ölreserven am Persischen Golf. Das zweite Ziel ist die Unterstützung der Demokratisierung und ökonomischen Prosperität in der Region. Die USA haben ihre Bereitschaft erklärt, den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens auf ihrem Weg zu Unabhängigkeit und ökonomischer Prosperität zu helfen. Allgemein ist die Stabilität der Region sowie die Entstehung unabhängiger, demokratischer und ökonomisch stabiler Staaten an der Grenze zu Rußland von Vorteil für den Westen. Was die sicherheitspolitischen Interessen angeht, sollen primär lokale Konflikte eingedämmt werden. Solche Konflikte bergen in sich die Gefahr einer Destabilisierung der Region bis hin zu einer möglichen Intervention Rußlands, was das Wiederaufleben einer neo-imperialistischen Politik bewirken würde. Demgegenüber wird das Monopol Rußlands auf die Sicherheitsfragen im Kaukasus durch die Kooperation der südkaukasischen Staaten mit der NATO in Frage gestellt.

Die Öl- und Gasreserven der Kaspischen Region sind von großer Bedeutung, da sie eine Diversifikation der Weltenergieressourcen ermöglichen. Die Entscheidung über die Wege, um das Öl aus Aserbaidschan zu transportieren, hat sich zu einer strategischen Frage entwickelt, die das zukünftige

Machtgleichgewicht in der Region mitbestimmen könnte. Die Interessen vieler Groß- und Mittelmächte sind involviert: die USA, Rußland, die Türkei, Iran und China. Die Länder, durch deren Territorien die Pipelines gehen werden, gewinnen dadurch an sicherheitspolitischer Bedeutung. Deshalb hat die Clinton-Regierung das Projekt einer Pipeline von Baku über Tbilissi, die Hauptstadt Georgiens, nach Ceyhan in der Türkei unterstützt. Die USA wollen auf diesem Weg eine Stärkung der Verbindung Georgiens und Aserbaidschans mit dem NATO-Alliierten Türkei bzw. dem Westen erreichen.<sup>15</sup> Ein Erfolg dieses Projekts, das sich vielmehr politisch als wirtschaftlich wichtig erweist, wird aber in der letzten Zeit immer unwahrscheinlicher. Die Alternative wäre die Nutzung der Ölpipeline von Baku bis Supsa in Georgien an der Schwarzmeerküste. Die USA versuchen auf alle Fälle, die Entscheidung für einen Weg durch den Norden, d.h. durch Rußland, ebenso zu verhindern wie den Weg durch den Süden, durch den Iran. Rußland bevorzugt die Südroute durch den Iran sowie die Nutzung der existierenden Pipeline zwischen Baku und Novorossiysk an der russischen Schwarzmeerküste durch Grozny in Tschetschenien. Dennoch ist der Nutzen dieser Pipeline aufgrund der Sicherheitslage in Tschetschenien in Frage gestellt. Die Entscheidung für mehrere Pipelines wird immer mehr von den Vereinigten Staaten und den südkaukasischen Staaten befürwortet, da das Risiko für den Energietransport durch die Existenz von mehreren Pipelines verringert wird und die externen Einflußmöglichkeiten auf die Staaten der Kaspischen Region dadurch geringer werden.

### 3. Die südkaukasischen Länder zwischen Rußland und der NATO

Die außenpolitischen Ziele, die sich die südkaukasischen Länder gesetzt haben, sind die Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit und die Behauptung ihrer Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft. Ein Dokument, das vom Außenministerium Georgiens veröffentlicht wurde und die außenpolitischen Ziele Georgiens nennt, erklärt die Stärkung der Kooperation mit Europa und der USA für wichtig, um die nationalen Ziele u.a. der Unabhängigkeit, Prosperität und nationalen Einheit zu erreichen.<sup>16</sup> Unter den südkaukasischen Staaten ist Armenien politisch und militärisch stark an Rußland gebunden aufgrund seiner unstabilen Sicher-

heitslage zwischen der Türkei und Aserbaidschan.

Am Beispiel der Ziele der regionalen Organisation GUUAM wird deutlich, welches Verhältnis sich die südkaukasischen Staaten Georgien und Aserbaidschan zur NATO und zu Rußland wünschen und wie sie sich die Stabilität durch wirtschaftliche Entwicklung und Kooperation in der Region vorstellen. Mithilfe der regionalen Organisation GUUAM versuchen sie, sich dem Einfluß Rußlands zu entziehen und engere Kontakte mit der NATO zu knüpfen. Während des NATO-Gipfels in Washington im April 1999 ist auch Usbekistan der Organisation beigetreten. Gleichzeitig hat Usbekistan mit Georgien und Aserbaidschan den Taschkenter Vertrag der GUS über kollektive Sicherheit verlassen.<sup>17</sup>

Die GUUAM versteht sich als Organisation, die nicht gegen ein Land oder eine Gruppe von Ländern gerichtet ist, wie es in ihrer Gemeinsamen Stellungnahme während des Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 heißt.<sup>18</sup> Dennoch stellt sich die GUUAM als Alternative zur GUS dar und betont das Scheitern der GUS-Peacekeeping-Operationen.<sup>19</sup> Die Zusammenarbeit in der GUUAM deckt folgende Bereiche ab: Kooperation auf dem Gebiet der Konfliktregulierung, Peacekeeping-Operationen unter Wahrung territorialer Integrität, Kampf gegen Terrorismus und Extremismus sowie Integration in die euroatlantischen und europäischen Sicherheitsstrukturen. Die Ziele, die sich die GUUAM gesetzt hat, haben jedoch bisher zu keinen konkreten Ergebnissen geführt.

Die GUUAM vertritt auch wirtschaftliche Ziele, da die Sicherheit in der Region durch gegenseitige Kooperation und ökonomische Prosperität garantiert werden soll. Dazu wurde die Schaffung eines „Euro-Kaukasischen-Asiatischen Transportkorridors“, der als Projekt TRACECA von der Europäischen Union gefördert wird, zum ersten Schritt erklärt.<sup>20</sup> Durch dieses Projekt werden Eisenbahnen, Häfen und Wege wiederhergestellt und Investitionen gefördert. Die nationalen Transportsysteme sollen harmonisiert und international integriert werden. Dadurch werden der Transport von Energie und Waren erleichtert sowie die Anknüpfung an internationale Märkte und damit Impulse für einen ökonomischen Aufschwung in der Region ermöglicht.<sup>21</sup> Außerdem sollte dieser Korridor das russi-

sche Transportwegemonopol brechen. Nach den Erklärungen der GUUAM zielt die Sicherheitszusammenarbeit wesentlich auf die künftige Sicherung der Transportwege und der Ölpipelines. Die Kooperation mit der NATO soll diese Aufgabe erleichtern. Georgien, Aserbaidschan und die Ukraine haben schon gemeinsame militärische Übungen zur Sicherung der Ölpipelines organisiert.<sup>22</sup> Eine Sicherung der Ölpipelines und der Transportwege bedeutet für diese Staaten Garantien für wirtschaftliche Unabhängigkeit. Georgien hat die Sicherung seiner Grenzen und der Ölpipelines zu einem wichtigen sicherheitspolitischen Ziel erklärt.<sup>23</sup>

Die Erwartungen, die die südkaukasischen Staaten an die NATO stellen, sind mit ihrer Kritik am Handeln Rußlands im Kaukasus verbunden. Georgien und Aserbaidschan betrachten die Kooperation mit der NATO als eine Garantie für den Schutz und die Stärkung ihrer Unabhängigkeit. Die südkaukasischen Staaten wollen sich gegenüber Rußland militärisch stärker profilieren, um ihre Souveränität zu stärken. Sie erwarten von der NATO u.a. technische Hilfe für den Wiederaufbau ihrer Armeen. Die Peacekeeping-Operationen der GUS und die Vermittlungsrolle Rußlands im Kaukasus werden von Georgien und Aserbaidschan kritisiert, da es zu keinen Fortschritten bei der Lösung der Konflikte in Abchasien und im Berg-Karabach gekommen ist. Im Gegenteil, es wurde Rußland vorgeworfen, daß es die Konflikte verschärft habe. Georgien beschuldigte Rußland, seine Staatlichkeit und Souveränität durch die Unterstützung der separatistischen Bewegungen in Abchasien und Südossetien zu schwächen. Aserbaidschan beschuldigte seinerseits Rußland, Armenien bzw. die separatistischen Milizen in Berg-Karabach durch illegale Waffenlieferungen militärisch zu stärken. Anstatt sich als Stabilisierungsfaktor im Kaukasus zu erweisen, mische sich Rußland in die inneren Angelegenheiten der Staaten im Kaukasus ein. Der Druck, den Rußland auf diese Staaten ausübe, um seine Vormachtsstellung zu sichern, führe zum gegenteiligen Ergebnis, da Georgien und Aserbaidschan dadurch in ihrer Westorientierung gestärkt würden.

Obwohl die Kooperation mit der NATO für die südkaukasischen Staaten an erster Stelle eine Garantie für ihre Unabhängigkeit bedeutet, weil die NATO ein „Gegengewicht“ zu Rußland bildet, betrachten sie die

Allianz auch als die einzige Organisation, die fähig wäre, die Konflikte in der Region einzudämmen und zu einer Stabilisierung des Kaukasus beizutragen.

Dennoch können die südkaukasischen Staaten aufgrund ihrer Energieabhängigkeit nicht auf die volle Unabhängigkeit von Rußland setzen, wie die letzten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Rußland und Georgien gezeigt haben. Im Kontext des Tschetschenien-Konflikts wurde Druck von Moskau auf Georgien ausgeübt. Rußland führte ein Visum für Georgien mit Ausnahme von Abchasien und Südossetien ein, die Gasversorgung wurde im Dezember 2000 mehrmals unterbrochen, und Moskau beschuldigte Georgien, militärische Lager für tschetschenische Rebellen auf seinem Territorium zu dulden. Die Einführung eines Visums zwischen Rußland und Georgien hat direkte wirtschaftliche Konsequenzen, da ein großer Teil der georgischen Arbeitskräfte in Rußland beschäftigt ist.<sup>24</sup> Durch die Unterbrechungen der Gasversorgung von Rußland nach Georgien hat sich gezeigt, wie sehr Georgien von seinen Schulden belastet ist und dadurch dem Druck Rußlands ausgesetzt ist.

Die Bestimmungen der Schlussakte des KSE-Vertrags (Treaty on Conventional Forces), die im November 1999 während des OSZE-Gipfels in Istanbul unterschrieben wurde, sind von der russischen Seite noch nicht vollständig erfüllt worden. Die Bestimmungen sahen die Auflösung der russischen militärischen Basen in Gudauta und Vaziani zum 1. Juli 2000 und weitere Verhandlungen über den Abzug der militärischen Verbände aus Batumi und Akhalkalaki für 2000 vor. Dennoch ist bis jetzt nur der Abzug aus Vaziani erfolgt, während der Abzug aus Gudauta in Abchasien von den abchasischen Autoritäten nicht gewünscht wird und Rußland ein neues Datum mit Georgien auszuhandeln versucht.

Aserbaidschan versucht, sich stärker von Rußland zu distanzieren und seine Westorientierung zu stärken. Mit dem Staatsbesuch von Vladimir Putin in Aserbaidschan im Januar 2001 sind dennoch sind Zeit die Bemühungen seitens Rußlands sichtbar geworden, seine Beziehungen zu Aserbaidschan zu verbessern.<sup>25</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Beziehungen zu Aserbaidschan aufgrund der engen Beziehung Rußlands zu Armenien eher frostig. Der Akzent, der zur Zeit in der russischen Politik im GUS-Raum auf wirt-

schaftliche Interessen und bilaterale Beziehungen gelegt wird, erklärt die aktuelle Entspannung.

Einerseits versuchen die südkaukasischen Staaten, eine starke nationale Identität herauszubilden, andererseits streben sie eine Integration in die europäischen und euroatlantischen Sicherheitsstrukturen an. Die Priorität für die südkaukasischen Staaten ist es, den Übergang zur staatlichen Unabhängigkeit mit Hilfe der NATO und der Europäischen Union zu vollziehen, indem sie eine größere wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Rußland erreichen. Außerdem wollen die Staaten im Kaukasus ihre Zugehörigkeit zu Europa betonen und in der Zukunft als Bindeglied zwischen Europa und Asien auch internationales Gewicht gewinnen. Die südkaukasischen Staaten wünschen sich die Kooperation mit der NATO als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Kooperation mit den europäischen Strukturen, da eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union noch für lange Zeit unwahrscheinlich ist.

#### 4. Konsequenzen für das NATO-Rußland-Verhältnis

Ein Rahmen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Nato und Rußland wurde durch die NATO-Rußland-Grundakte im Mai 1997 festgelegt.<sup>26</sup> Was eine mögliche NATO-Erweiterung in den Kaukasus betrifft, hat Rußland Kritik geäußert. Rußland sieht den Versuch der NATO und des Westens, im Kaukasus aktiv zu werden, als das Ende seiner Vormachtsstellung in der Region, während die Perspektive einer Mitgliedschaft der südkaukasischen Staaten in der NATO und einer Erweiterung der Allianz bis an seine Grenze als direkte Bedrohung wahrgenommen wird. Dennoch kann Rußland auf die Kooperation der NATO mit den südkaukasischen Staaten nur begrenzt reagieren, da es nicht in der Lage ist, den Staaten im Kaukasus sicherheitspolitische und wirtschaftliche Alternativen anzubieten.

Die NATO begründet ihr Handeln im Kaukasus als übereinstimmend mit den Interessen Rußlands, da die Stabilität der Länder an seiner Südgrenze dadurch erhöht werde. Die südkaukasischen Staaten ihrerseits befürchten die Perspektive einer neuen Teilung ihrer Einflusssphäre zwischen der NATO und

Rußland. Dennoch wird allgemein eine Kooperation zwischen der NATO und Rußland im Rahmen des NATO-Rußland-Rates von diesen Staaten als Chance für die Entspannung der Beziehung Rußlands zum Westen befürwortet. Das Ziel der Mitgliedschaft in der NATO wird von der Allianz gegenüber den südkaukasischen Staaten nicht direkt vertreten. Allgemein will die NATO Rußland seine Monopolstellung im Kaukasus streitig machen, ohne eine direkte Konfrontation auszulösen. Die Großmächte verfolgen weniger das Ziel, eine Dominanz aufzubauen oder zu schützen, sondern eher die Entstehung eines Machtmonopols des jeweils anderen zu verhindern.

### 5. Folgen der Anschläge des 11. September für die Sicherheitslage in der Region

Welche Auswirkungen die Anschläge des 11. September 2001 und das darauffolgende militärische Engagement gegen Afghanistan unter Nutzung zentralasiatischer Territorien haben werden, bleibt abzuwarten. Dennoch kann bereits eine entscheidende Veränderung in der Region beobachtet werden: Die zentralasiatischen Staaten haben ihre Territorien für eine Stationierung der amerikanischen Streitkräfte zur Verfügung gestellt, ohne daß dies einen Streit mit Rußland verursacht hätte. Die weitere Entwicklung in der Region hängt von drei Faktoren ab. Erstens wird die militärische Lage in Afghanistan darüber entscheiden, ob sich die Vereinigten Staaten auf ein längerfristiges Engagement in Zentralasien vorbereiten und dadurch eine geopolitische Neuordnung in der Region bewirken, oder ob es sich nur um ein vorübergehendes Engagement handelt. Zweitens stellt sich die Frage, ob die aktuelle russisch-amerikanische Übereinstimmung und Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus zur Gestaltung einer geopolitischen Neuordnung führen oder ob die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland überhaupt möglich ist. Letztendlich ist die Frage entscheidend, ob die Amerikaner in Afghanistan erfolgreich sind und ob ihnen eine Stabilisierung der Lage im Land gelingt.

Am Beispiel der möglichen gravierenden Auswirkungen in Zentralasien können politische Veränderungen im Kaukasus vorausgesehen werden. Mudschaheddin und radikal-islamistische Kräfte könnten in der Region tätig werden, wie der Fall der islamisti-

schen Rebellen in Abchasien gezeigt hat. Die Frage, ob der Krieg in Afghanistan eskaliert und welche Ziele und Gebiete in diesem Falle im Kampf gegen den Terrorismus in den Blickwinkel geraten, wird entscheidend dafür sein, ob es zu politischen Veränderungen im Transkaukasus kommt.

### Endnoten

<sup>1</sup> Zwei der außenpolitischen Ziele Rußlands sind: „To ensure the reliable security of the country, to preserve and strengthen its sovereignty and territorial integrity...“ und „To form a good neighbor belt along the perimeter of Russia's borders, to promote the elimination of the existing and prevent the emergence of potential hotbeds of tension and conflicts in regions adjacent to the Russian Federation.“ *Foreign Policy Concept of the Russian Federation*, 2000.

<sup>2</sup> „The emphasis will be made on the development of good neighborly relations and strategic partnership with all CIS member states. Practical relations with each of them should be structured with due regard for reciprocal openness to cooperation and readiness to take into account in a due manner the interests of the Russian Federation, including in terms of guarantees of rights of Russian compatriots.“ *Foreign Policy Concept of the Russian Federation*, 2000.

<sup>3</sup> Ein Vertrag über kollektive Peacekeeping-Truppen in der GUS wurde während des Gipfels in Kiew am 20. März 1992 von allen GUS-Staaten außer Turkmenistan unterschrieben.

<sup>4</sup> Die Minsk-Gruppe wurde als Folge des Scheiterns der geplanten OSZE-Konferenz in Minsk 1992 gegründet. Aserbaidshan weigerte sich, an der Konferenz teilzunehmen, solange Territorien auf seinem Gebiet immer noch von Armenien besetzt seien. Die Minsker Gruppe hat seitdem das Ziel, eine politische Lösung für den Berg-Karabach-Konflikt zu finden.

<sup>5</sup> Smith, M.A.: „Russian Foreign Policy 2000: The Near Abroad“, Conflict Studies Research Center, December 2000.

<sup>6</sup> Baev, P.: „Russia refocuses its policies in the Southern Caucasus“, Harvard University, Caspian Studies Program, Juli 2001.

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> Thomas, T.: „Russian National Interests and the Caspian Sea“, Foreign Military Studies Office, 1999-2000.

<sup>9</sup> „After the break-up of the Soviet Union, many of these countries were establishing, some of them for the first time, national security policies and defence ministries. We did not want to impose our views on anyone. But we believed that these countries could usefully draw on the wide experience of NATO members. That way, we could help these countries during a critical phase in their transition. Because it was in our very own security interest to see this transition succeed. Again, the more secure our neighbours are, the more secure we are.“ Rede von NATO-Generalsekretär Lord Robertson auf der Konferenz „Caucasus Today: Perspectives of Regional Cooperation and Partnership with NATO“, Tbilissi, 26. September 2000.

<sup>10</sup> „It is also a reality that there will be no comprehensive settlement of the disputes in the region without the participation of the region's major power --

including, of course Russia. The Georgian relationship with Russia is, obviously, a vital one." Rede von NATO-Generalsekretär Lord Robertson auf der Konferenz "Caucasus Today: Perspectives of Regional Cooperation and Partnership with NATO", Tbilissi, 26. September 2000.

<sup>11</sup> "The Caucasian corridor is the fastest way from southern Europe to Central Asia and beyond; peace would help realise the potential for transporting goods and energy from the Caspian region and Central Asia. Peace in the Caucasus would also boost the security of the whole continent. This is why the EU is involved in helping all three governments to develop their economies and promote regional co-operation." Rede von Chris Patten und Anna Lindh: "Resolving a frozen conflict - Neither Russia nor the West should try to impose a settlement on the Southern Caucasus", 20. Februar 2001.

<sup>12</sup> "The success of the new independent states (NIS) of the former Soviet Union in establishing and maintaining stable and independent democracies is a key to our aim of a secure, undivided Europe. The United States is pursuing pragmatic security partnerships seeking cooperation and promoting favorable reform trends." Siehe auch: "Each of the NIS nations faces its own unique challenges and will receive U.S. support and encouragement for its independence and democratization." US Department of Defense: "United States Security Strategy for Europe and NATO", 2001.

<sup>13</sup> "Exercise Cooperative Partner 2001: Georgia Hosts for the First Time a NATO Naval/Amphibious Exercise under the Partnership for Peace Programme", NATO International Military Staff Press Release, 8 June 2001.

<sup>14</sup> Tadevosian, A.: "NATO Refuses to Take Sides", Institute for War and Peace Reporting, 29. Januar 2001.

<sup>15</sup> Die Vereinbarungen für die Baku-Tbilissi-Ceyhan Pipeline wurden während des OSZE-Gipfels von Istanbul im November 1999 unterschrieben und später von den georgischen und aserbajdschanischen Parlamenten ratifiziert.

<sup>16</sup> "Among all partner nations, Georgia has developed especially strong relations with the United States of America and key states of Europe. Their economic, political, military and moral support has been instrumental in helping Georgia to achieve its national goals." Vgl. auch: "The highest priority of Georgian foreign policy is to achieve full integration into European political, economic, and security structures, thus fulfilling the historical aspiration of the Georgian nation to participate fully in the European community ... Georgia places great importance on its relations with its Euro-Atlantic partners and organizations." *Georgia and the World: A Vision and Strategy for the Future*, Ministry of Foreign Affairs of Georgia, 2000.

<sup>17</sup> Der Taschkenter Vertrag über kollektive Sicherheit in der GUS wurde am 15. Mai 1992 in Taschkent von 6 GUS-Mitgliedstaaten unterschrieben (Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Rußland, Moldau, Tadschikistan und Usbekistan). Georgien und Aserbaidschan sind erst 1993 beigetreten und haben den Vertrag 1999 gemeinsam mit Usbekistan wieder verlassen.

<sup>18</sup> „Noting that cooperation within the GUUAM is not directed against third countries or a group of

countries ...", GUUAM Joint Statement, NATO Washington Summit, April 1999.

<sup>19</sup> "So far, the CIS regretfully was not able to protect the interests of its member States in the inter- and intra-State conflicts. Without resolution of the conflicts the CIS will not be able to develop cooperation between its member States at the proper level..."; GUUAM Joint Statement, OSZE Sicherheitsmodellkomitee, 3 July 1998.

<sup>20</sup> s.o.

<sup>21</sup> Das "Multilaterale Grundabkommen über Internationalen Transport für die Entwicklung eines Transport Korridors Europa-Kaukasus-Asien" wurde während der Konferenz „TRACECA-Restoration of the Historic Silk Route“ in Baku am 8. September 1998 unterschrieben.

<sup>22</sup> s.o.

<sup>23</sup> „The Government of Georgia recognizes the importance of maintaining control over its borders, not least because of the growing role Georgia aspires to play as a vital link in the transportation and communication corridor between Europe and Asia." Vgl. auch: "The Government of Georgia places special emphasis on ensuring that the oil pipelines and other vital economic assets in the country remain secure." *Georgia and the World: A Vision and Strategy for the Future*, Ministry of Foreign Affairs of Georgia, 2000.

<sup>24</sup> 500.000 Georgier arbeiten in Rußland. Der Verdienst dieser Arbeitskräfte wird auf 1.5 Milliarden U.S.-Dollar im Jahr geschätzt (Ivanov, M.: "Visa Threat Spurs Georgia into Action", Institute for War and Peace Reporting, 1 December 2000).

<sup>25</sup> Im Januar 2001 wurde ein Vertrag zwischen dem russischen Ölkonzern LUKOIL und dem staatlichen aserbajdschanischen Ölkonzern SACOR unterschrieben. Der Transport von Öl aus dem Kaspischen Meer zum russischen Hafen Novorossijsk wird auch von Baku angestrebt.

<sup>26</sup> Das Dokument „Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation“ wurde im Mai 1997 von der NATO und Rußland unterschrieben und institutionalisiert regelmäßige Treffen im Rahmen des „Permanent Joint Council“ (PJC).

Diese Briefing Note wurde verfasst von Lili Di Puppò. Sie studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

**BITS bedankt sich für die großzügige Unterstützung seiner Forschungsarbeit zur Europäischen Sicherheit durch die Alton Jones Foundation.**



